

Die Energiewende ist und bleibt für die Politik eine Herausforderung

Die Energiewende ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung, die in den kommenden Jahren auf der politischen Agenda weiterhin ganz oben stehen wird. Der bundesgesetzliche Rahmen muss auf rasante technologische Entwicklungen reagieren, das angemessene Verhältnis von Regulierung und Markt finden und dabei europarechtliche Vorgaben umsetzen.

Es ist und bleibt eine große Aufgabe der Politik, dafür zu sorgen, dass wir in den nächsten Jahren einen verständlichen und schlüssigen Rechtsrahmen haben, der den nachhaltigen und effizienten Umbau des Energiesystems gewährleistet, Versorgungssicherheit garantiert und gleichzeitig eine übermäßige Kostenbelastung der Akteure verhindert.

Das Ende des fossilen Zeitalters wurde eingeleitet

Mit den Beschlüssen des Klimagipfels in Paris Ende 2015 haben der weltweite Klimaschutz und damit der Umbau des Energiesystems weiteren Schub erhalten. Erstmals gibt es ein Klimaschutzabkommen, das alle Staaten gemeinsam in die Pflicht nimmt.

Global fließen zwischenzeitlich mehr Investitionen in erneuerbare als fossile Energien. Immer mehr Staaten sehen in den Erneuerbaren Energien die Zukunft ihrer Energieversorgung. Gesellschaftliche Einstellungen und Ansprüche ändern sich. Die Akzeptanz des Einsatzes klimaschädlicher Verfahren sinkt. Gleichzeitig zeigen sich in zunehmender Schärfe die Konturen enormer wirtschaftlicher Chancen, die mit der Nutzung Erneuerbarer Energien verbunden sind sowie auch die wirtschaftlichen Risiken der konventionellen Energien. Insgesamt setzt sich eine globale Entwicklung fort, die sowohl auf einem geschärften Verantwortungsbewusstsein als auch auf ökonomischen Potenzialen und Erwartungen beruht. Eine Entwicklung, die es von politischer Seite weiter zu befördern gilt.

Paris bringt der Energiewende in Deutschland Rückenwind, erhöht aber auch den Handlungsdruck. Im Ergebnis der Pariser Beschlüsse werden mehr Staaten mehr investieren in intelligente Maßnahmen zur Modernisierung des Energiesystems. Deutschland muss sich anstrengen, um seine Position als Technologieführer zu halten. Wir müssen beweisen, dass „Made in Germany“ auch mit Blick auf die Energiemärkte von morgen robust aufgestellt ist.

Flexibilität ist die Voraussetzung für ein auf Erneuerbaren Energien basierendes Energiesystem

Die Erneuerbaren Energien bauen kontinuierlich ihre Position aus und spielen bereits heute eine zentrale Rolle. Das gilt insbesondere für den Stromsektor. Der Tag ist absehbar, an dem die Erneuerbaren über gewisse Zeiten den Strombedarf alleine sichern können. Zum vollständigen Bild gehört aber ebenso, dass es Zeiten gibt, an denen die erneuerbaren Energien nur zu einem sehr geringen Teil zur Deckung der Nachfrage beitragen können. Das zeigt, solange Flexibilität im System fehlt, wird die Umstellung auf die Erneuerbaren Energien nicht gelingen. Wir brauchen Flexibilität in der Nachfrage, wir brauchen den Netzausbau und wir brauchen Speicher. Gerade bei einem hohen Anteil von Erneuerbaren Energien wird ohne Speicherkapazitäten die Umstellung unseres Energiesystems nicht gelingen. Nur mit der Entwicklung und dem Ausbau von Speicherkapazitäten kommen wir auch bei der weiteren Kopplung der Sektoren Strom, Wärme und Verkehr voran. So erfolgreich die Entwicklungen im Stromsektor auch sind, der Stromsektor zeigt nur einen Ausschnitt des Energiesystems. In den Sektoren Wärme und Verkehr ist der Weg zur Dekarbonisierung noch weit und steinig.

Ein Beitrag zur Flexibilisierung des Systems leistet die Digitalisierung. Sie wird eine Schlüsselrolle für das künftige Energiesystem insgesamt spielen. Das Ansinnen ist richtig, mit dem Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende das Gesamtsystem zu flexibilisieren und die Partizipation der Bürgerinnen und Bürger an der Energiewende vorantreiben zu wollen. Kosten und Nutzen müssen dabei aber in einem vernünftigen Verhältnis stehen, Verbraucher und Erzeuger dürfen nicht mit unverhältnismäßig hohen Kosten belastet werden. Das Gesetz darf auch nicht zu einer ungerechtfertigten Schwächung regionaler Akteure führen.

Die kommunalen und regionalen Energieversorger bewegen sich in einem Spannungsfeld aus Digitalisierung, Dezentralisierung und Klimaschutz, verbunden mit entsprechenden Chancen und Risiken. Die Energiewende erfordert vielfach regionale und dezentrale Lösungen, eine Chance insbesondere zur Stärkung der regionalen Akteure. Gleichwohl geraten im Zuge der Energiewende bestehende Märkte in Bewegung, bisherige Geschäftsmodelle, Marktpositionen und Kooperationen geraten auf den Prüfstand. Im Ergebnis wird vor allem die Flexibilität und Innovationsfähigkeit der Energieversorger zu einem Schlüssel für eine erfolgreiche Energiewende.

Keine Energiewende ohne Akzeptanz, keine Akzeptanz ohne faire Rahmenbedingungen

Die globalen Trends und Entwicklungen stärken auch die Legitimation für die Politik auf Länderebene. Die globalen Ziele lassen sich nur erreichen, wenn auf regionaler Ebene Anstrengungen unternommen werden. Die Thüringer Landesregierung will eine Energiewende gestalten, die dezentral, regional und regenerativ ist. Wir wollen die wirtschaftlichen Chancen, die die Energiewende bietet, für Thüringen nutzen und die Akzeptanz für den Umbau des Energiesystems sichern.

Die energiepolitischen Handlungsspielräume in Thüringen und die Möglichkeiten, unsere energiepolitischen Ziele umzusetzen, werden dabei in hohem Maße durch die europäischen und bundespolitischen Rahmenbedingungen bestimmt. Hier brauchen wir Verlässlichkeit. Langfristige verbindliche Ziele und ein stabiler und konsistenter Rahmen schaffen Planungssicherheit und stärken das Vertrauen der Akteure. Wir als Länder wollen unseren Beitrag leisten, die Energiewende voranzubringen und die sich daraus ergebenden wirtschaftlichen Chancen nutzen.

**Jetzt die richtigen Entscheidungen treffen:
Energiewende dezentral, regional und regenerativ gestalten!**

Derzeit werden auf Bundesebene eine Reihe zentraler energiepolitischer Entscheidungen getroffen. Das Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz wurde novelliert, das Strommarktgesetz und das Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende sind im parlamentarischen Verfahren, die EEG-Novelle und die Novellierung der Anreizregulierungsverordnung stehen unmittelbar bevor. Alle diese Entscheidungen sind für die Länder von großer Bedeutung, denn die Energiewende wird vor allem von den regionalen Akteuren vor Ort getragen. Es kommt also darauf an, die Weichen so zu stellen, dass die Energiewende in den Ländern, in den Regionen vor Ort vorangebracht wird. Voraussetzung dafür ist eine entsprechende Akzeptanz der handelnden regionalen Akteure. Das muss auch der Kompass für die energiepolitischen Weichenstellungen auf Bundesebene sein.

Bei der anstehenden EEG-Novelle 2016 wird sich beispielsweise entscheiden, ob der Ausbau der Erneuerbaren Energien in Thüringen eine Perspektive hat. Ich engagiere mich gemeinsam mit anderen Länderchefs auf Bundesebene entsprechend stark. So hat Thüringen gemeinsam mit Bayern und Rheinland-Pfalz im Bundesrat eine Initiative für eine wirtschaftliche Anschlussperspektive der Biomasse im EEG 2016 erfolgreich platziert. Darüber hinaus hat der Bundesrat auf Basis eines gemeinsamen Antrages von Thüringen, Bayern, Nordrhein-Westfalen und weiteren Ländern eine Entschließung zum Erhalt der Akteursvielfalt angenommen. Ich unterstütze außerdem Initiativen für einen regional ausgewogenen Ausbau der Windenergie an Land, der neben der Solar- und Bioenergie regionale Wertschöpfung in Thüringen sichern kann.

Mit der Novellierung der Anreizregulierungsverordnung sollen die Investitionsbedingungen für die Verteilernetzbetreiber verbessert werden. Das ist dringend erforderlich. Unter anderem soll das bisherige Problem des Zeitverzugs für die Erlöswirksamkeit von Investitionen beseitigt werden. Allerdings darf es nicht dazu kommen, dass Netzbetreiber, die in den letzten Jahren investiert haben, sich mit der neuen Regelung schlechter stellen als mit der bisherigen. Die entsprechende Refinanzierung getätigter Investitionen muss auch nach der Novellierung gesichert sein.

Änderungen bei den Rahmenbedingungen benötigen wir auch im Bereich der Netzentgelte. In den neuen Ländern belasten vergleichsweise hohe Netzentgelte die Strompreise und damit den Standort. Die ostdeutschen Länder setzen sich hier seit Jahren für Anpassungen und mehr Fairness ein. Ohne Änderungen am System wird der EE-Ausbau dazu führen, dass sich die Entgeltunterschiede weiter vergrößern. Wir als ostdeutsche Länder fordern daher vom Bund die Abschaffung der vermiedenen

Netzentgelte für die volatil einspeisenden EE-Anlagen und eine Vereinheitlichung der Netzentgelte im Übertragungsnetz. Die im Strommarktgesetzentwurf vorgesehene Regelung, die vermiedenen Netzentgelte lediglich für Anlagen, die ab 2021 in Betrieb gehen, abzuschaffen, ist aus Sicht der ostdeutschen Länder völlig unzureichend. Damit wird das Problem der hohen Kostenbelastung für die Verbraucher in den neuen Ländern nicht gelöst. Die Vereinheitlichung der Entgelte im Übertragungsnetz hat der Bund bereits letztes Jahr angekündigt, allein die Umsetzung lässt auf sich warten.

Wir stehen mit der Umsetzung der Energiewende vor einer unserer größten gesellschaftlichen Herausforderung. Für die Wettbewerbsfähigkeit des Hochtechnologiestandorts Deutschland und die Akzeptanz der Energiewende kommt es entscheidend drauf an, dass der Umbau des Energiesystems planvoll und verlässlich erfolgt, die Versorgungssicherheit gewährleistet bleibt und die Kosten für Verbraucher und Unternehmen begrenzt werden. Ich bin jedoch zuversichtlich, dass wir mit den richtigen Weichenstellungen diese Herausforderung auch bewältigen werden.

Bodo Ramelow
Ministerpräsident des Freistaats Thüringen